

Keine Chance für die Umgehungsstraße vor 2020

Ammerbuch-Entringen – Schwere Verkehrer donnert Tag und Nacht durch Entringen. Die geforderte Umgehungsstraße wird es in den nächsten zwei Jahrzehnten aber keinesfalls geben – weshalb, das erklärte Boris Palmer, Landtagsabgeordneter der Grünen, am Montagabend in der Entringer Gaststätte „Anker“. Palmer hielt aber auch Konzepte bereit, um der Situation auf anderem Wege zu begegnen.

VON THOMAS MORAWITZKY

Vor der bescheidenen Zahl von acht Zuhörern breitete Palmer am Montag seine Vorstellungen zur Verkehrsregelung in Entringen aus. Mit einer „virtuellen Umgehungsstraße“ will der Abgeordnete das domnende Übel aus Entringen verbannen. Sein Konzept ist jedoch nach eigener Aussage dazu verurteilt, an politischen Vorhalten der Landesregierung zu scheitern. Die „virtuelle Umgehungsstraße“, so Palmer, solle den Effekt einer tatsächlichen Straße simulieren. Seiner Meinung nach existiert mit der Verbindung Tübingen-

Böblingen eine Straße, die geeignet ist, einen Teil des Verkehrs, der in Ammerbuch der Autobahn zufließt, umzuleiten; durch den einfachen Ausbau einer Straße entlang des Neckarufers könnte der übrige Verkehr aufgefangen werden, meint Palmer. Für Entringen verbliebe danach der Ortsverkehr. Zwar macht der rund 40 Prozent des Verkehrsaufkommens aus, das Problem der Entringer liegt jedoch im schweren Lastverkehr fährt. Palmer nahm einst selbst eine Verkehrsmessung vor und zählte zwischen 23 Uhr und 1 Uhr immerhin sechs Lastzüge, die einen Lärm von mehr als 80 Dezibel verursachten.

Um die Entlastung durch die „virtuelle Straße“ zu erreichen hält Palmer eine Verkehrsregelung in Entringen für nötig, die wenig Aussicht auf Umsetzung hat. Die Landesregierung lehnt einerseits die Verkehrsverlagerung auf die Achse Tübingen-Böblingen ab, andererseits weigert sie sich, die Entringer Durchgangsstraße von der Bundes- zur Landesstraße herabzustufen. Genau dies wäre aber notwendig, um Palmers Wunsch nach Tempo 30 und LKW-Fahrverbot durchzusetzen.

Vorschläge, den Entringer Durchgangsverkehr auf „unkonventionelle Weise“ zu bremsen, werden bereits von der Lokalen Agenda gesammelt, wie Wolfgang Bleicher,

Mitglied der Agenda, berichtete. Eine Möglichkeit bestünde darin, entlang der Durchgangsstraße versetzt zu parken.

Der interessanteste Teil von Palmers Vortrag galt jedoch nicht den alternativen Lösungen, sondern den Gründen, aus denen mit dem Bau der Umgehungsstraße bis auf Weiteres nicht zu rechnen ist. Der Landtagsabgeordnete gab dabei Einblick in die Planung der Finanzierung des Straßenbaus durch Bund und Land in Baden-Württemberg. Vor allem demutierte er den Vorwurf, die Investitionen in den Straßenbau seien unter der Regierung Rot-Grün rückläufig – dies erscheine zunächst beim Blick auf die Statistik so, da die Investitionssumme im Jahr 2000 einen Tiefpunkt erreicht habe. Der Grund hierfür sei, wie Palmer erklärte, in Verkehrsweginvestitionen im Osten zu suchen. Seit 2000 wachse der Etat für den Neu- und Ausbau von Bundesfernstraßen in Baden-Württemberg ständig; im Jahr 2004 werde er mit 290 Millionen Euro gar eine Spitze erreichen, die in der vergangenen Dekade nur einmal, zu Beginn der neunziger Jahre, überboten worden sei. Dennoch wird kein Geld für die Entringer Ortsumfahrung zur Verfügung stehen. Nach Palmers Ansicht ist mit dem Bau dieser Straße „frühestens zwischen 2020 und 2025 zu rechnen“.

Dabei wird das Gesamtvolumen für den Bundesstraßenbau im Land kommenden Jahres 550 Millionen Euro betragen. Ein Großteil dieses Geldes fliehe nicht in Neu- oder Ausbauten, sondern in die Refinanzierungskosten von Projekten wie dem Leinobberger Tunnel, der privat vorfinanziert wurde, sowie anderer Projekte. 66 Millionen Euro werde diese Finanzierung in den kommenden Jahren kosten – eine Politik die von Palmer scharf kritisiert wird: „Ich hielt das immer für einen großen Fehler. Das ist Straßenbau auf Pump.“

Weitere Posten seien der Unterhalt bestehender Straßen, das „Antistauprogramm“, das mit 100 Millionen Euro veranschlagt sei, und der Ausbau der so genannten „Fußballstraßen“ (etwa die B 464) im Vorfeld der Weltmeisterschaft 2006 – für Palmer „ein seltsames Programm nur scheinbar populärer Maßnahmen.“ Zuletzt blieben lediglich 25 Millionen Euro für neue Projekte übrig – wobei der Wunsch der Entringer nach einer Entlastung ihrer Ortsdurchfahrt noch nicht einmal in die Kategorie der vordringlichen Straßenbauprojekte aufgenommen worden ist (der „Gäubote“ berichtete). Dagegen sprechen vor allem das Veto des Umweltministeriums, das durch den Bau der Straße Vogel- und Gewässerschutzrechte verletzt sehe.